



Niederschrift

95. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 24.09.2008
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:50 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	bis 18:58 Uhr
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	
Herr Heinzl, Horst	CDU	
Herr Schröder, Michael	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis	
Herr Utting, Brian	FAMILIEN-PARTEI	ab 17:35 Uhr
Herr Schliepe, Gregor	Die Andere	

Nicht anwesend sind:

Frau Paulsen, Bettina	CDU	entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Herr Grebner, Klinikum „Ernst von Bergmann“
Frau Basekow, AWO
Herr Wendt, Fraktion Die Andere
Frau Dr. Sommer, Bereich Marketing und Kommunikation
Frau Ewers, FB Schule und Sport
Herr Ernst, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Herr Schweers, FB Jugendamt
Herr Engel, FB Feuerwehr
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters

Schriftführerin:
Frau Ziegenbein

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 27.08.2008
- 2 Vertragsverlängerung Unterbringung der Fundtiere der Landeshauptstadt Potsdam und dem "Pfötchenhotel" Beelitz.
Vorlage: 08/SVV/0296
Fraktion CDU, SPD
- 3 Sicherung des Fahrländer Sees
Vorlage: 08/SVV/0889
Fraktion DIE LINKE
- 4 Standort des Vereins Spartacus und des Jugendclubs S 13
Vorlage: 08/SVV/0886
Fraktion Familien-Partei
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
 - 5.1 Bericht über das Ergebnis der Prüfungen zur Strom- und Gasversorgung der neuen Ortsteile
gemäß Vorlage: 08/SVV/0238
 - 5.2 Potsdamer Toleranzedikt - Vorlage der Hinweise und Vorschläge
gemäß Vorlage: 08/SVV/0439
 - 5.3 Konzept zum Monitoring Schulessen
Vorlage: 08/SVV/0885
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
 - 5.4 Themenjahr 2009
Vorlage: 08/SVV/0862
Oberbürgermeister, Bereich Marketing und Kommunikation
 - 5.5 Munitionsfunde in der Waldstadt
Vorlage: 08/SVV/0883
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
 - 5.6 Verkehrsregelung Brauhausberg/Leipziger Str.
gemäß Vorlage: 08/SVV/0869
 - 5.7 Variantenvergleich Ersatzstandorte Schlossstraße 13
gemäß Vorlage: 08/SVV/0827

Protokoll:**Öffentlicher Teil****zu 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 27.08.2008**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf die besondere Situation des letzten Hauptausschusses vor der Kommunalwahl und bittet, die Dinge „leidenschaftlich aber fair“ zu diskutieren. Auch wenn es für den einen oder anderen Antrag am heutigen Tag keine Entscheidung gebe, sei das nicht für immer vorbei, denn es gebe „auch eine Zeit“ nach dem 28. September.

Bezüglich der Tagesordnung trägt der Oberbürgermeister die Bitte der Fraktion Familien-Partei vor, den TOP 4, Standort des Vereins Spartacus und des Jugendclubs S 13, DS 08/SVV/0886, bis zur Anwesenheit des Vertreters der Fraktion zurückzustellen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Im Weiteren trägt er vor, dass mit der DS 08/SV/0895 ein Antrag der Fraktion SPD zum Baurecht für Kita und Wohnbebauung am Filmpark und damit zur Aufnahme in die Tagesordnung vorliege. Unter Verweis auf die Gemeindeordnung des Landes Brandenburg und die Geschäftsordnung der StVV bittet der Oberbürgermeister, die Dringlichkeit dieses Antrags zu begründen. Herr Schubert erläutert das Anliegen und erklärt, dass diese DS regulär in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 15. Oktober 2008 aufgenommen werde solle. Daraufhin fragt Frau B. Müller nach dem im Sitzungskalender aufgeführten Sitzungstermin am 01. Oktober 2008. Dieser, so der Oberbürgermeister, werde entfallen, da die Fristen für die Ladung und die Erstellung der Tagesordnung bereits verstrichen seien.

Anschließend verweist Herr Dr. Scharfenberg auf einen Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der DS-Nr.: 08/SV/0890 zum Tierheimstandort Wildpark und kritisiert, dass dieser zuerst hätte aufgerufen werden müssen, da er zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt gestellt worden sei. Bezug nehmend auf die Ausführungen zur Dringlichkeit des Antrages der Fraktion SPD erklärt er, dass auch das Anliegen seiner Fraktion regulär in die Tagesordnung der nächsten Hauptausschusssitzung aufgenommen werden solle, allerdings unter der Maßgabe, dass eine grundsätzliche Verständigung zur Thematik „Tierheim“ unter TOP 2 erfolge.

Herr Schliepe schlägt vor, den TOP 4 gemeinsam mit der Mitteilung TOP 5.7 – Variantenvergleich Ersatzstandorte Schloßstraße 13 – zu behandeln. Im Weiteren weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass zum TOP 3 – DS 08/SVV/0889 – Sicherung des Fahrländer Sees – ebenfalls eine Mitteilungsvorlage vorliege; allerdings für den nicht öffentlichen Teil. Er bittet, bei der Diskussion der Thematik darauf zu achten, dass nur öffentliche Punkte angesprochen werden.

Frau Bankwitz verweist auf zwei fraktionsübergreifende Anträge zum Erhalt des

Sportplatzes Sacrow, die bereits für die Sitzung der StVV nach der Kommunalwahl eingereicht worden seien. Da dies gemäß der Geschäftsordnung jedoch nicht möglich sei, möchte sie dies als Punkt unter „Sonstiges“ behandelt wissen. Im Verlauf der weiteren Diskussion begründet Frau Bankwitz die Dringlichkeit dieser beiden Anträge mit der Befürchtung, die Verwaltung könne bis zur Handlungsfähigkeit der neu gewählten StVV vollendete Tatsachen schaffen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Der Oberbürgermeister sagt eine entsprechende Mitteilung der Verwaltung im Verlauf der Sitzung des Hauptausschusses zu.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 94. Sitzung des Hauptausschusses vom 27. August 2008 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 14 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung bestätigt.

zu 2 Vertragsverlängerung Unterbringung der Fundtiere der Landeshauptstadt Potsdam und dem "Pfötchenhotel" Beelitz.

Vorlage: 08/SVV/0296

Fraktion CDU, SPD

Frau E. Müller verweist eingangs darauf, dass der im März 2008 gestellte Antrag der Fraktionen SPD und CDU nicht zu realisieren sei, weil er dem Vergaberecht widerspreche. Auch für die Übergangszeit sei eine deutschlandweite Ausschreibung nötig, die im Oktober im Amtsblatt veröffentlicht werde.

Herr Dr. Scharfenberg sieht den o.g. Antrag unter den gegenwärtigen Bedingungen ebenfalls als gegenstandslos an und wolle deshalb den alten Tierheimstandort im Wildpark reaktivieren. Eine mietfreie Bereitstellung der Stadt, schaffe die Bedingungen dafür, dass das als Übergangslösung gehandelt werden könne und er fragt, was dagegen spreche. Frau E. Müller betont, dass die tier- und artengerechte Unterbringung der Tiere an diesem Standort das Problem sei. Darüber hinaus sei das Gelände weitestgehend geräumt, so dass keine Zwinger mehr vorhanden seien; davon abgesehen, dass diese bereits in der Vergangenheit als viel zu klein bemängelt wurden. Eine mietfreie Nutzung sei darüber hinaus für den KIS aus wirtschaftlicher Sicht nicht möglich und der Auftrag könne nur über eine Ausschreibung erteilt werden.

Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg, ob es eine mögliche Variante sei, wenn der Standort auf Kosten des Betreibers reaktiviert werde. Eine veterinärmedizinische Begutachtung habe ergeben, dass der Standort Wildpark möglich sei und insofern halte er die gegebenen Antworten für nicht akzeptabel.

Frau E. Müller verweist nochmals nachdrücklich darauf, dass der Standort im Jahr 2007 auch vom Tierschutzverein bemängelt wurde und der Weiterbetrieb nur unter dem Gesichtspunkt einer beschränkten Ausschreibung erteilt worden sei. Außerdem wären zahlreiche Investitionen die Voraussetzung für eine Reaktivierung und der KIS müsse unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten auch für entsprechende Mieteinnahmen sorgen.

Herr Heinzel betont, dass er den Antrag der Fraktion DIE LINKE für „abenteuerlich“ und damit für nicht umsetzbar halte. Deshalb könne das Anliegen nur abgelehnt werden.

Herr Dr. Scharfenberg meint, dass die Möglichkeit der Reaktivierung rein theoretisch erhalten bleiben müsse, wenn der Antrag am 15. Oktober im Hauptausschuss aufgerufen werde.

Herr Schüler beantragt per Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt zu schließen. Der Oberbürgermeister fragt Herrn Ernst, ab wann die Ausschreibung geplant sei. Herr Ernst entgegnet, dass dies für Mitte Oktober vorgesehen sei. Daraufhin legt der Oberbürgermeister fest, dass die Ausschreibung am 16. Oktober erfolge, dann könne das Ergebnis bei der Behandlung des Antrags der Fraktion DIE LINKE noch berücksichtigt werden.

Auf die Nachfrage an die Antragsteller, wie mit der DS 08/SV/0296 verfahren werden solle, entgegnet Herr Schröder namens der Antragsteller, dass der Antrag **zurückgezogen** werde.

zu 3 Sicherung des Fahrländer Sees

Vorlage: 08/SVV/0889

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt die Vorlage ein und betont, dass die Stadtverordneten von den Verkaufsabsichten überrascht worden seien und dies aus den Medien erfahren hätten. Die Erwartung, bei nächster Gelegenheit darüber informiert zu werden, erfüllte sich nicht und habe erst auf Nachfrage in der letzten Sitzung der StVV stattgefunden. Er halte eine klare Beschlusslage noch in dieser Wahlperiode für wichtig, um den Zugang zum See zu garantieren. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass der Antragsinhalt genau dem entspreche, was er in der StVV erklärt und zugesagt habe. Damit sei kein Beschluss nötig und dieser Antrag überflüssig.

Diese Zusage hätte er bereits in der Hauptausschusssitzung im August oder in StVV am 10. September machen müssen, so Herr Dr. Scharfenberg. Da das nicht erfolgt sei, „traue“ er den mündlichen Ausführungen nicht und wolle dies nun per Beschluss festlegen.

Herr Mühlberg macht darauf aufmerksam, dass durch den Eigentümerwechsel die öffentliche Nutzung nicht beeinträchtigt sei. Er meine, dass Herr Dr. Scharfenberg die Vision habe, etwas zu retten, was man nicht zu retten brauche. Er fragt, ob die Stadt öffentliche Bauwerke auf dem See habe.

Herr Exner betont, dass der Antrag inhaltlich durch die Erklärung des Oberbürgermeisters erledigt sei. Darüber hinaus gebe es auch keine Fristen, die es einzuhalten gelte. Er schlägt vor, dass die Situation zum besseren Verständnis an Hand einer Karte erläutert werde. Dies erfolgt anschließend durch Frau Krusemark, Bereich Recht und Herrn Klosa, Jurist für Baufragen im FB Stadtplanung und Bauordnung.

Frau Dr. Schröter fragt, worin sich der Kauf der Stadt vom Kauf durch einen privaten Erwerber unterscheide und womit sich das Interesse der Stadt am Kauf dieses Sees begründe.

Die Stadt, so der Oberbürgermeister, habe sich diesbezüglich mit anderen Kommunen ausgetauscht und nachgefragt, wo Probleme entstehen können. Dies sei z. B. bei der Nutzung von Steganlagen der Fall. Um eine uneingeschränkte Nutzung im Interesse der Allgemeinheit zu garantieren, gelte es klare Verhältnisse zu schaffen. In diesem Zusammenhang seien zahlreiche Probleme zu klären, die mit Behandlung der Mitteilungsvorlage im nicht öffentlichen Teil vertieft werden könnten.

Herr Exner ergänzt, dass es einen „ganzen Strauß“ von öffentlichen Rechten gebe, die zu prüfen und in nächster Zeit mit der BVVG zu klären seien. An der öffentlich-rechtlichen Situation, wie z. B. den Betretungsrechten, ändere sich nichts. Herr Schüler meint, dass einige öffentliche Nutzungen eingeschränkt werden und

deshalb geprüft werden müsse, welche Rechte ein privater Erwerber hätte. Auf die Nachfrage von Herrn Mühlberg, ob die Stadt öffentliche Ufergrundstücke habe und sich die Badestelle auf einem öffentlichen Ufergrundstück befinde, antwortet Frau Krusemark, dass die Badestelle auf dem städtischen Grundstück liege und es keine Steganlagen gebe.

Herr Schubert führt aus, dass er es nicht für nötig erachte, diesen Antrag abzustimmen, weil er genau das beschreibe, was die Verwaltung ohnehin schon tut. Wenn es aber „glücklich mache“, wieder einen nicht erforderlichen Beschluss zu haben, werde er seine Zustimmung nicht verweigern.

Im Weiteren werden einzelne Nachfragen beantwortet, wie die Möglichkeit, den See einzuzäunen, die Lage der städtischen Grundstücke und Arten der Nutzung des Sees.

Anschließend stellt der Oberbürgermeister den Antrag zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die erforderlichen Schritte zur Sicherung des Fahrländer Sees für eine öffentliche Nutzung einzuleiten. Sollte das nur über einen Kauf möglich sein, sind die erforderlichen Mittel in den Haushalt 2009 einzustellen oder durch eine außerplanmäßige Ausgabe bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 4 Standort des Vereins Spartacus und des Jugendclubs S 13
Fraktion Familien-Partei

Herr Utting bringt die Vorlage namens der Fraktion Familien-Partei ein. Anschließend erläutert Frau E. Müller den schriftlich ausgereichten Varianten-vergleich, der dem Protokoll als Anlage beigelegt wird.

In der sich anschließenden Diskussion äußert Herr Schliepe, dass er die genannte Aufstellung möglicher Standorte für Kulturangebote des „Spartacus e.V.“ als relativ unbefriedigend empfinde und sich eine detaillierte Auflistung der finanziellen Auswirkungen gewünscht habe. Die in der letzten Spalte aufgeführten Bemerkungen enthielten kein Votum und Eigentümer seien nicht immer konkret benannt worden. Insbesondere bei städtischen Eigentümern verwundere ihn das ablehnende Votum, denn das sei aus seiner Sicht eine politische Entscheidung und nicht die der Verwaltung oder Teilen von dieser.

Herr Dr. Scharfenberg erklärt sich mit dem vorliegenden Papier ebenfalls nicht einverstanden und bezeichnet die Ausreichung als Tischvorlage als eine „Unverschämtheit“ und der Situation nicht angemessen. Er habe den Eindruck, dass nicht nach einem Ersatzstandort gesucht werde, sondern nach Begründungen, warum etwas nicht gehe. Die Schiffbauergasse sei von der Verwaltung von vornherein favorisiert worden und jetzt werde genau in diese Richtung „geschoben“ sowie die Rahmenbedingungen geschaffen. Das Minsk sei das Wunschobjekt und aus seiner Sicht die einzig prüfbare Variante.

Herr Schüler schließt sich in seinen Ausführungen der Kritik an, dass das vorliegende Papier unbefriedigend sei. Er meine, hier sei wenig Phantasie investiert worden, was die Prüfung möglicher Objekte betreffe. Ihm fallen spontan Orte ein, die noch nicht geprüft worden seien, wie z. B: die ehemalige Humboldt-

Buchhandlung – zumindest für den S 13. Gebrauchte werde eine sofortige Lösung, die auch eine Zwischenlösung sein könne.

Herr Utting betont, dass die Fachhochschule eine Variante für eine kurzfristige Lösung sei, da die Weiternutzung erst für einen späteren Zeitpunkt geplant sei. Im Weiteren fragt er nach der genauen Summe für die Investitionen, die für das Minsk notwendig seien.

Herr Schubert bedauert, dass der Standort der ehemaligen Brauerei vom Eigentümer kategorisch abgelehnt worden sei. Bezüglich des „Minsk“ verweist er darauf, dass die Summe deshalb sehr hoch ausfalle, weil dieser Ort nach der Versammlungsstättenverordnung wieder herzurichten sei. Da kurzfristige Lösungen sicher schwer zu finden seien, sollten auch Übergangslösungen geprüft werden. Dazu müssen Gespräche für temporäre Lösungen in der Fachhochschule geführt und die Schiffbauergasse als Belebung des Standortes nicht ausgeschlossen werden.

Frau Dr. Müller meint, dass sich die Möglichkeiten auf wenige Standorte „zusammenschieben“. Sie finde, dass da, wo ein „Fünkchen Hoffnung“ bestehe, nicht tiefer gebohrt worden sei bzw. nicht alles dazu gesagt werde. Man solle nicht so tun, als ob der S 13 bereits untergebracht werde und ihn nicht von der weiteren Standortsuche abtrennen. Bekanntermaßen sei eine Zwischenlösung immer die stabilste Lösung und deshalb gelte es, nicht nur eine schnelle, sondern auch dauerhafte Lösung zu finden und dabei den S 13 nicht aus den Augen zu verlieren.

Frau E. Müller zeigt sich erstaunt über das fehlende Einverständnis zu der vorliegenden Matrix und verweist darauf, dass alle Objekte schließlich vermarktet und rentierlich entwickelt werden müssen, was dem Interesse des Eigentümers entspreche. Der als Beispiel genannte Kunstspeicher stehe eben nicht zur Verfügung, weil die darauf liegenden Fördermittel einen Verkauf nicht möglich machen und es keinen Kaufinteressenten gebe. Deshalb könnten auch daraus erzielte Gewinne nicht für das Minsk bereitgestellt werden. Darüber hinaus könne die Stadt keinen Eigentümer in die Pflicht nehmen, den Spartacus unterzubringen und damit gebe es auch keine Basis für eine Kostenaufstellung – gleich welcher Art. Ebenso werde der S 13 nicht negiert, sondern differenziert betrachtet.

Herr Mühlberg führt aus, dass in Anbetracht der städtischen Situation klar sei, dass die Stadt eigene Gebäude bevorzuge. Trotzdem frage er sich, warum z. B. der Treffpunkt Freizeit in der Auflistung fehle. Die bestehenden Befindlichkeiten und Vorurteile bezüglich des Standortes Schiffbauergasse müsse die Stadt ausräumen und die Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Nutzung schaffen. So könne auch mit einem potentiellen neuen Träger für den ehemaligen Waschhaus e. V. eine erweiterte Nutzung ausgehandelt werden.

Im Weiteren beantwortet Frau E. Müller die Nachfragen von Herrn Heinzel, ob es auch Eigeninitiativen des Spartacus' gegeben habe und von Herrn Cornelius, ob ein potenzieller Vermieter davon ausgehen könne, dass Beschädigungen wie am ehemaligen Standort nicht wieder vorkommen werden. Letzteres werde durch eine zu hinterlegende Mietkaution abgesichert, so Frau E. Müller.

Im Verlauf der weiteren Diskussion werden Standpunkte zum Prüfergebnis einzelner Objekte ausgetauscht und die Frage diskutiert, ob die Schiffbauergasse für das Anliegen geeignet sei. So meint Herr Dr. Scharfenberg, dass man jetzt vor der Frage stehe, die Schiffbauergasse zu akzeptieren, was seiner Meinung nach aber auf einen Verdrängungsprozess hinauslaufe, oder doch noch einen tragfähigen Ansatz zu finden, der eine Übergangslösung sichere, allerdings unter der

Maßgabe, eine dauerhaften Ersatzlösung zu finden. Die Frage sei auch, ob die Stadt bereit sei, Geld dafür in die Hand zu nehmen.

Herr Schubert verweist darauf, dass in der Schiffbauergasse ein soziokulturelles Zentrum geplant worden sei, was jetzt wieder „frisches Blut brauche“, um wieder das zu werden, was es einmal war. Er meine, Räume und Strukturen seien nicht dauerhaft vorgegeben, so dass sich hier „was bewegen lasse“. Die Kosten für das Minsk seien mit ihm bekannten 3 – 5 Mio € sehr hoch und von der Frage abgesehen, ob die Stadt das Geld überhaupt habe, brauche man für die umfassenden Baumaßnahmen Zeit – ca. bis 2010. Deshalb solle der Standort Fachhochschule noch einmal geprüft werden.

Der Oberbürgermeister betont, dass er den „Frust“ verstehen könne, andererseits aber auch keinen Kompromissvorschlag gehört habe. Die Schiffbauergasse sei nicht zwangsläufig der zukünftige Standort, sollte aber mit geprüft werden. Die Stadt sei mit jemandem in konkreten Verhandlungen, der ein Haus in der Potsdamer Mitte zur Verfügung stellen würde. Hierzu müsse aber noch konkret verhandelt und in der nächsten Woche Gespräche mit dem Spartacus geführt werden. Er sichert zu, dass die Stadt im Gespräch bleibe und weitere Ideen und Angebote prüfen werde. Die ausgereichte Auflistung enthalte nicht den gesamten Kenntnisstand. Mit der Fachhochschule habe es intensive Gespräche gegeben; der Standort sei sowohl kurz- als auch langfristig abgelehnt worden. Er meine, es müsse akzeptiert werden, dass weiter gesucht und geprüft werde, was auch nochmalige Gespräche mit der Fachhochschule einschließe – für ihn sei die Situation ebenso unbefriedigend.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es entgegen der bisherigen Aussagen also doch noch eine Ersatzlösung gebe und er bisher einen anderen Eindruck gehabt habe. Die von Herrn Schubert genannten Summen bezüglich des Minsk meine er, seien nicht belegt und somit nicht zu verwenden.

Herr Utting **stellt** im Ergebnis der Diskussion den Antrag **bis zum 15.10.2008 zurück**.

Die von Herrn Dr. Scharfenberg beantragte Abstimmung, den Oberbürgermeister zu beauftragen, in den nächsten 3 Wochen Gespräche mit der Fachhochschule zu führen, wird vom Oberbürgermeister mit der Begründung abgelehnt, dass er bereits mit der Fachhochschule darüber gesprochen habe und dies auch weiterhin tun werde.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

neu Sport- und Freizeitfläche Sacrow

Fraktion BürgerBündnis, CDU, SPD, DIE LINKE, B 90/Grüne und Die Andere

Frau Bankwitz bringt die Vorlage ein und verweist darauf, dass alle antragstellenden Fraktionen am vergangenen Dienstag in Sacrow gewesen seien und sich auf den Erhalt des Sportplatzes geeinigt hätten. Nun gebe es das Problem, dass die Fraktionen entsprechend der Geschäftsordnung nicht mehr antragsberechtigt seien, die Verwaltung aber mit diesem Anliegen beauftragen werden solle, um zu verhindern, dass durch sie vollendete Tatsachen geschaffen würden.

Anschließend erläutert Frau Dr. von Kuick-Frenz den Sachstand und der Oberbürgermeister verweist darauf, dass Satzungsbeschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vorbehalten seien. Möglich sei eine Verständigung zur Thematik, da auch der Verwaltung am Erhalt des Sportplatzes gelegen sei.

Herr Schüler führt aus, dass es Anliegen der Anträge sei, zu verhindern, dass zwischenzeitlich dort etwas „anderes“ passiere und er bitte, die diesbezüglich vorhandenen Möglichkeiten aufzuführen.

Frau Bankwitz betont, dass sie sich gewünscht hätte, die Stadt mache von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch. Interessenkonflikte wie hier zwischen den Anwohnern und den Nutzern des Sportplatzes, werde es immer geben.

Herr Exner schlägt vor, in der Sitzung des Hauptausschusses am 15. Oktober über die baurechtliche Seite sowie über Fragen der Rückübertragung zu informieren. Damit verbunden sei die Zusage, dass bis dahin keine Aktivitäten zur Änderung der bisherigen Situation erfolgen werden. Der Oberbürgermeister unterstreicht diesen Vorschlag und sagt die Aufbereitung des Sachverhalts zu sowie die Unterbreitung eines Verfahrensvorschlags und die Nennung der zur Umsetzung vorhandenen Möglichkeiten.

**zu 5.1 Bericht über das Ergebnis der Prüfungen zur Strom- und Gasversorgung der neuen Ortsteile
gemäß Vorlage: 08/SVV/0238**

Herr Exner erläutert, dass die Stadt Potsdam als Rechtsnachfolger für die eingemeindeten Gemeinden die Konzessionsverträge bezüglich Strom mit der E.ON edis AG und bezüglich Gas mit der EMB GmbH bzw. mit der HSW GmbH übernommen habe. Eine Übersicht über die Laufzeit der Konzessionsverträge und die mit einer Beendigung verbundenen Terminstellungen werden den Hauptausschussmitgliedern schriftlich ausgereicht und dem Protokoll als Anlage beigefügt. Darüber hinaus erläutert Herr Exner den § 46 EnWG (Energiewirtschaftsgesetz), in dem die Bestimmungen zu den Wegenutzungsverträgen enthalten sind. Im Frühjahr nächsten Jahres sei die Kündigung von drei der bestehenden fünf Konzessionsverträge öffentlich bekannt zu machen. Mit der Begleitung des Bekanntmachungsverfahrens, der Ausgestaltung der Wegenutzungsverträge und des Auswahlverfahrens werde ein unabhängiger Fachanwalt betraut.

**zu 5.2 Potsdamer Toleranzedikt - Vorlage der Hinweise und Vorschläge
gemäß Vorlage: 08/SVV/0439**

Der Oberbürgermeister informiert, dass Prof. Kläger derzeit die gegenwärtigen Ergebnisse zusammenfasse, die anschließend dem Hauptausschuss vorgelegt werden.

**zu 5.3 Konzept zum Monitoring Schulesen
Vorlage: 08/SVV/0885**

Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

Frau Fischer bringt die Mitteilungsvorlage ein. Anschließend erläutert Frau Basekow das geplante Monitoring und die dazu entwickelten Fragebögen, Verfahren, deren Durchführung und Kosten.

In der sich anschließenden Diskussion macht Herr Schliepe darauf aufmerksam, dass das Ziel des Monitoring eigentlich inhaltlicher Art gewesen sei und nicht auf die Kosten und die Art der Durchführung abgezielt habe. Zu klären sei die Frage, ob die Leute erreicht werden, die erreicht werden sollten. Für diese Zielstellung sei der vorgelegte Fragebogen ungeeignet, weil er anonym bleibe. Darüber hinaus müssten die Fragen differenzierter gestellt werden, um daraus Schlussfolgerungen ziehen zu können. Er fragt zum erläuterten Verfahren nach, wie das praktisch funktionieren solle.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass das Verfahren gut gemeint, aber wenig

zielführend und zu umständlich sei. Dieses Monitoring sei nicht geeignet, um Lösungen für das eigentliche Ziel zu finden. Außerdem sei der abgesteckte Zeitraum von 2 Jahren viel zu lange – Ergebnisse sollten bis zur nächsten Haushaltsaufstellung vorliegen.

Frau Basekow entgegnet, dass das Monitoring auf ein Jahr begrenzt sei, nämlich von September 08 bis August 09 und damit die Gründe für die Ablehnung des Schulessens erforscht und geprüft werden sollen. Herr Schliepe merkt dazu an, dass der Fakt an sich klar sei; das Interesse beziehe sich auf die Methodik der Prüfung.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass das für das Monitoring verwendete Geld besser für die Einrichtung eines kostenlosen Schulessens hätte Verwendung finden können.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.4 Themenjahr 2009

Vorlage: 08/SVV/0862

Oberbürgermeister, Bereich Marketing und Kommunikation

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein und erläutert den derzeit grob gefassten Rahmen der geplanten Aktivitäten.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.5 Munitionsfunde in der Waldstadt

Vorlage: 08/SVV/0883

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.6 Verkehrsregelung Brauhausberg/Leipziger Str.

gemäß Vorlage: 08/SVV/0869

Frau Dr. von Kuick-Frenz erläutert die bestehende Situation sowie die geplanten Maßnahmen, wie eine bedarfsgerechte Ampelschaltung, die Einrichtung von separaten Abbiegespuren bzw. Rechtsabbiegepfeilen und die Einrichtung einer Tempo-30-Zone vor der Comenius-Schule. Mit der dazu gegründeten Bürgerinitiative sei die Verwaltung im Gespräch – bereits geplant sei eine Einwohnerversammlung am 30. September, in der die Maßnahmen und deren Auswirkungen erläutert werden sollen. Bis dahin hoffe sie, dass alle der benannten Maßnahmen umgesetzt seien, was sich bei anhaltend schlechter Witterung (Regen) jedoch um einige Tage verzögern könne.

zu 5.7 Variantenvergleich Ersatzstandorte Schlossstraße 13

gemäß Vorlage: 08/SVV/0827

bereits behandelt mit TOP 4

neu Gründung einer Tochtergesellschaft des Klinikums „Ernst von Bergmann“

Zu diesem TOP begrüßt der Oberbürgermeister den Geschäftsführer des Klinikums „Ernst von Bergmann“ Herrn Grebner, der anschließend die Ziele dieser Gründung erläutert. Mit der Entwicklung eines einheitlichen Logistikkonzeptes gelte es, Prozesse weiter zu optimieren sowie Kosten zu senken. Dies wurde in

einem Workshop mit einer externen Moderation erarbeitet und soll sich in einem bis Ende Oktober vorzulegenden Konzept wiederfinden.

Herr Dr. Scharfenberg begründet seine Nachfrage damit, dass der Betriebsrat des Klinikums das Problem an die Fraktion herangetragen habe, verbunden mit dem Eindruck, dass der vereinbarte Dialog zum Transformationsprozess „eingeschlafen“ sei. Anliegen sei, den Unsicherheiten des Personals zu begegnen und die entwickelten Konzepte mit dem Betriebsrat abzustimmen.

Abschließend verweist Herr Grebner auf den schriftlich ausgereichten Geschäftsbericht des Klinikums „Ernst von Bergmann“.

zu 6 **Sonstiges**

Der Oberbürgermeister informiert eingangs über eine Einladung der **Jüdischen Gemeinde zu ihrem Straßenfest am 12. Oktober von 13:00 – 19:00 Uhr**, welches unter dem Motto „Eine jüdische Hochzeit in Potsdam“ stehe und vom Oberbürgermeister eröffnet werde. Jüdische Künstler aus Potsdam spielen Musik auf einer Bühne, Kindergruppen, Volksensembles, Puppentheater sowie Gerichte aus der jüdischen Küche erwarten die Besucher. Entsprechende Einladungen werden demnächst an die Stadtverordneten gerichtet.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach dem Auftrag für die **Erarbeitung eines Wohnkonzeptes**, der im September ausgelöst werden sollte. Der Oberbürgermeister führt aus, dass die Vorbereitungen entsprechend des Zeitplanes laufen und daran gearbeitet werde, einen wissenschaftlich-analytischen Teil zu ergänzen. Er sagt eine entsprechende Information für die Hauptausschusssitzung am 15. Oktober zu.

Im Weiteren bittet Herr Dr. Scharfenberg, den sehr **schlechten Zustand des Vorplatzes der Sporthalle in der Heinrich-Mann-Allee** zu verbessern und entsprechende Aufträge auszulösen. Dies, so der Oberbürgermeister, sei bereits geschehen und der KIS werde sich dem annehmen.

Anschließend beantwortet der Oberbürgermeister die Nachfrage von Frau Dr. Schröter zur **Finanzierung des Lepsius-Hauses** und verweist darauf, dass ein entsprechender Haushaltsbeschluss nicht nötig sei, da sich das aufkommensneutral gestalte.

Im Weiteren bittet Frau Dr. Schröter, die **Schilder vor der Brücke in Grube** zu prüfen, da diese nach ihren Informationen den Fahrzeugen die Vorfahrt gewähre, die keine Einsicht auf die Brücke habe.

Frau Fischer informiert über die Arbeitstagung zur Sozio- und Jugendkultur am 20. August d. J. und darüber, dass sich deren Teilnehmer bezüglich des Wettbewerbs zur Interessenbekundung für Waschhaus und Lindenpark für die Einberufung eines Auswahlgremiums ausgesprochen haben. Deshalb unterbreite sie den Vorschlag, dass die Fraktionen je einen Vertreter in die Jury entsenden, die ihre Arbeit in der 43. Kalenderwoche aufnehmen werde.

Der Oberbürgermeister schlägt unter Bezugnahme auf die bevorstehende Kommunalwahl vor, die Fraktionen anzuschreiben, ihnen diesen Termin mitzuteilen und zur Benennung eines Vertreters aufzufordern.